

# **Fraktionsgeschlossenheit auf Landesebene im Mehrebenen-Kontext – Der Einfluss des Föderalismus auf den Grad geschlossenen Abstimmungsverhaltens von Fraktionen in den deutschen Landesparlamenten<sup>1</sup>**

*Stefan Schukraft*

## **German Subnational Party Unity in Multi-Level Context – Federalism and Party Unity in the German Länder**

**Abstract:** This article examines a possible influence of federalism on the degree of party unity in the German Länder. The cause for such an influence is the government coalition pattern across the two governmental levels. Three different mechanisms of implementation are discussed. Overall we expect that increasing congruence of the coalition constellations between the two governmental levels enhances the degree of party unity in the Länder. An empirical test confirms this assumption for those votes in the Länder parliaments, which show dissenting voting behavior.

**Keywords:** Party Unity, Party Cohesion, Party Discipline, German Länder Parliamentarism, Federalism

**Schlagwörter:** Fraktionsgeschlossenheit, Fraktionskohäsion, Fraktionsdisziplin, Landesparlamentarismus, Föderalismus

## **1. Einleitung**

Die Geschlossenheit von Fraktionen bei parlamentarischen Abstimmungen hat wichtige Implikationen für den politischen Prozess. Das naheliegendste Beispiel mag die Verabschiedung eines Gesetzes sein. Doch der Fraktionsgeschlossenheit wird etwa ebenso zugeschrieben, im Wettbewerb um Wählerstimmen hilfreich zu sein (vgl. Saalfeld 1995, S. 23-33; Sieberer 2006, S. 171). Auf nationaler Ebene wurde auch Föderalismus als Determinante des geschlossenen Abstimmungsverhaltens von Fraktionen bereits untersucht (vgl. etwa Carey 2007; Owens 2003, S. 26-29). Noch nie jedoch wurde analysiert, ob auf der Ebene subnationaler Parlamente in föderalen Systemen hinsichtlich des Grades geschlossenen Abstimmungsverhaltens von Fraktionen systematische Wechselwirkungen zwischen den verschiedenen Ebenen des politischen Systems eines Landes auftreten und Fraktionsgeschlossenheit auf subnationaler Ebene damit auch im Mehrebenen-Kontext zu betrachten ist. Parlamente und Abgeordnete aber – das gilt für nationale wie subnationale – agieren nicht im luftleeren Raum, sondern stehen in Interaktion

<sup>1</sup> Ich danke Andreas M. Wüst, Daniel Lüttgau, Thomas Bräuninger, Thomas Saalfeld und der Redaktion sowie den beiden anonymen Gutachtern der PVS. Danke für alles, Mara. Verbliebene Fehler sind allein mir anzulasten.

mit anderen Akteuren. Gerade vor dem Hintergrund der nicht neuen Diskussionen um eine mögliche „Parteipolitisierung“ des Bundesrats durch die Bundespolitik (Bräuninger et al. 2010) sowie um Landesparlamente als „Hauptverlierer“ in Mehrebenensystemen (vgl. Reutter 2008, S. 311) auf der einen, sowie von Hinweisen auf eine Erosion der Verknüpfungen zwischen Bund und Ländern (vgl. Hough u. Jeffery 2006) auf der anderen Seite, ist diese Frage jedoch von großem Interesse – ein entsprechender Nachweis hätte zweifelsohne hohes Innovationspotenzial.

Die These, dass der Föderalismus einen Einfluss auf den Grad geschlossenen Abstimmungsverhaltens auf Landesebene hat, lässt sich auf dreierlei Weise begründen, nämlich erstens mit den Strukturen der Parteiorganisationen und dem Einfluss der Bundes- auf die Landespolitik, zweitens mit dem Wunsch nach einer kohärenten Außendarstellung der Partei über beide gubernementalen Ebenen hinweg und drittens mit der Beteiligung der Länder an der Bundesgesetzgebung über den Bundesrat. Verbindendes Element der drei Mechanismen, die später näher vorgestellt werden, ist das ebenenübergreifende Muster der Regierungskoalitionen, das sich zwischen Bundes- und Landesebene ergibt. Es ist zu erwarten, dass zunehmende Kongruenz der Koalitionspartner zwischen den beiden gubernementalen Ebenen dem Grad geschlossenen Abstimmungsverhaltens auf der Landesebene zuträglich ist.

Die nun folgenden theoretischen Überlegungen sollen zunächst das Phänomen „geschlossenes Abstimmungsverhalten von Fraktionen“ sowie den möglichen Einfluss des Föderalismus inklusive der drei Wirkungsmechanismen näher beleuchten. Die empirische Analyse schließlich soll im zweiten Teil des Artikels anhand der Landtage von Baden-Württemberg, Brandenburg und Nordrhein-Westfalen erfolgen.

## **2. Theoretische Reflexionen: Fraktionsgeschlossenheit und Mehrebenen-Kontext**

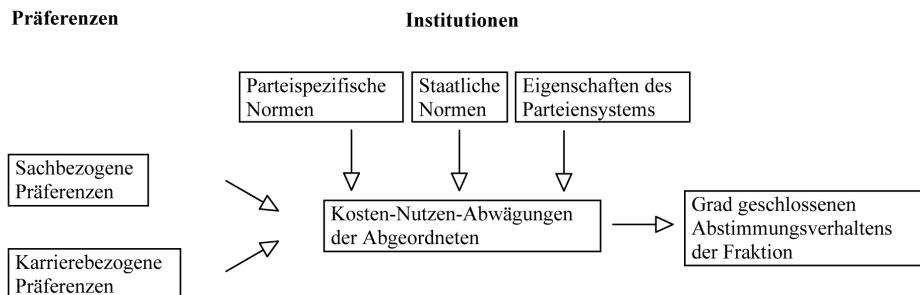
### **2.1 Geschlossenes Abstimmungsverhalten von Fraktionen: Begriffliche Differenzierung und Determinanten**

Die Diskussion um Fraktionsgeschlossenheit in der deutschen Öffentlichkeit wird geprägt durch das „Gerede vom ‚Fraktionszwang‘“ (Patzelt 1998, S. 323); ein solcher existiere zwar nicht, doch „[...] immer noch glaubt die Mehrheit der Deutschen fest daran, dass er ‚verhängt‘ oder ‚aufgehoben‘ wird“ (Patzelt 1998, S. 345). Doch auch wenn man den unglücklichen Terminus des Fraktionszwangs fallen lässt, bleibt Klärungsbedarf bestehen: “The terms ‘unity’, ‘cohesion’ and ‘discipline’ are often used interchangeably. None the less, it is useful to keep them apart as referring to different analytical concepts [...]” (Sieberer 2006, S. 151). Als Ausgangspunkt dient uns Ergun Ozbudun (1970, S. 305), der Fraktionskohäsion als „the extent to which [...] group members can be observed to work together for the group’s goals [...]“ bezeichnet. Die Fraktionsdisziplin bestehe aus zwei Teilen: „followers regularly accept and act upon the commands of the leader or leaders“ und es bestehe zudem „availability to the leader of ways and means of

inducing recalcitrant members to accept and act upon his commands“. Während Fraktionskohäsion im vorliegenden Artikel – etwas über Ozbudun hinausgehend – das geeinte Handeln als von den Abgeordneten selbst beziehungsweise ihrem gemeinsamen Bedürfnis nach der Verwirklichung ihrer gemeinsamen Ziele ausgehend ansieht und damit keine Einwirkung von außen impliziert, liegt dem geeinten Handeln im Fall der Fraktionsdisziplin eine Einwirkung von außen, oder zumindest die Antizipation einer solchen, zugrunde. Der Begriff „*party unity*“ soll im Folgenden den beobachteten Grad des geschlossenen Abstimmungsverhaltens von Fraktionen bezeichnen (vgl. Sieberer 2006, S. 151). Damit erfüllt der Terminus des geschlossenen Abstimmungsverhaltens von Fraktionen die Funktion eines neutralen Begriffs, der sowohl Fraktionskohäsion als auch Fraktionsdisziplin einschließen kann.

Die umfassendste und zugleich differenzierteste Modellierung der Funktionslogik, nach der sich der Grad des geschlossenen Abstimmungsverhaltens von Fraktionen bestimmt<sup>2</sup>, findet sich bei Torbjörn Bergman, Wolfgang C. Müller, Kaare Strøm und Magnus Blomgren (2003, S. 127). Sie ist die Grundlage des vorliegenden Artikels. Das Modell von Bergman et al. (Abbildung 1) ist dem Rational-Choice-Ansatz zuzuordnen: “[...] [P]arty cohesion [unity, S. S.] results from the individual cost-benefit calculations of the relevant intra-party actors” (Bergman et al. 2003, S. 127).

**Abbildung 1: Determinanten des Grades geschlossenen Abstimmungsverhaltens**



Quelle: In Anlehnung an Bergman et al. (2003, S. 127) bzw. Saalfeld (2005, S. 39).

Die Determinanten, die dabei über die individuellen Kosten-Nutzen-Kalkulationen auf den Grad des geschlossenen Abstimmungsverhaltens von Fraktionen einwirken, seien teils präferenzieller und teils institutioneller Natur. Jeder Politiker habe sachbezogene sowie karrierebezogene Präferenzen. Doch es gebe zudem drei Gruppen institutioneller Determinanten. Erstens fungierten „parteispzifische Normen“ (Saalfeld 2005, S. 39) als Ex-ante- sowie Ex-post-Kontrollmechanis-

2 Eine strukturierte ausführlichere Übersicht über die verschiedenen Determinanten kann hier aus Platzgründen nicht gegeben werden. Beiträge zu einer solchen finden sich etwa bei Melissa P. Collier (1983, S. 475-481) und Thomas Saalfeld (1998, S. 795-799).

men<sup>3</sup> bei auftretenden Prinzipal-Agenten-Problemen (Strøm u. Müller 2009, S. 27-28, S. 36-38). Ein Beispiel ist die Auswahl der Kandidaten für ein Parlamentsmandat vor der Wahl. Zweitens hätten „staatliche Normen“ (Saalfeld 2005, S. 39) einen Einfluss. Das Wahlsystem könnte etwa im Fall geschlossener Listen in Verhältniswahlsystemen die Parteiführung in eine bevorzugte Stellung gegenüber individuellen Kandidaten und Parteimitgliedern bringen. Und drittens spielten auch „Eigenschaften des Parteiensystems“ eine Rolle (Saalfeld 2005, S. 39). Für eine Koalitionsregierung etwa, in der die Diversität der Präferenzen sehr groß ist, sei es schwieriger, geschlossenes Abstimmungsverhalten der Fraktion herbeizuführen, als für ein Einparteien-Mehrheitskabinett, das starkem Wettbewerb ausgesetzt ist (vgl. Bergman et al. 2003, S. 128). Im Modell von Bergman et al. treten also zu den individuellen Präferenzen der Abgeordneten institutionelle Determinanten, welche die Höhe der individuellen Kosten des Abweichens von der Fraktionslinie verändern können (Saalfeld 2005, S. 40). Den karrierebezogenen Präferenzen messen wir Bedeutung hinsichtlich der Frage zu, inwieweit die institutionellen Determinanten greifen; die Motivation für abweichendes Stimmverhalten sehen wir in von der Fraktionsmehrheit abweichenden sachbezogenen Präferenzen – abweichendes Stimmverhalten damit als policymotiviert. Gleichzeitig muss auch die – mit dem vorliegenden Modell kompatibel (Saalfeld 2005, S. 40) – Konzeption von Fraktionskohäsion und -disziplin als „two-way streets“ (Bowles 1999, S. 16) im Kopf behalten werden. Denn das landläufige Bild vom verhängten Fraktionszwang als Ursache für das geschlossene Abstimmungsverhalten von Fraktionen (vgl. Patzelt 1998, S. 345) entspricht nicht der Logik des vorgestellten Modells; zwar kann eine Fraktionsführung tatsächlich Druck ausüben, doch „[...] the uneasy relationships between parliamentary members and leaders involve more than leaders exercising leadership and members engaging in ‚followership‘“ (Longley u. Hazan 1999, S. 1). Das vorgestellte Modell wird dieser (komplexeren als der landläufigen) Konzeption von Fraktionskohäsion und -disziplin gerecht, indem es keine der beiden „streets“ ausgrenzt.

Das vorliegende Modell ist zwar dem Rational-Choice-Ansatz zuzuordnen, doch werden andere Ansätze zur Erklärung der Strukturen legislativen Abstimmungsverhaltens<sup>4</sup> keinesfalls ausgeklammert: “The rational-actor framework has been criticized for its rationality assumptions. Yet, it does not deny the importance of norms and interests” (Saalfeld 1998, S. 799). Abgeordnete werden in dem Modell nicht darauf reduziert „single-minded“ in their pursuit of reelection“ (Saalfeld 1998, S. 797) zu sein, sondern räumen sachpolitischen Präferenzen sehr wohl ihren Platz in den Kosten-Nutzen-Kalkulationen ein. Somit übersetzt das Modell Normen und inhaltliche Positionen in eine rationale Logik und spielt die beiden Erklärungsansätze eben nicht gegeneinander aus.

3 Eine allgemeine Übersicht über solche findet sich bei Wolfgang C. Müller (2000, S. 322-329).

4 Eine Übersicht bietet Saalfeld (1998, S. 796-799).

## 2.2 Die mögliche Determinante Föderalismus auf Landesebene in Deutschland

Wie könnte der Föderalismus in Deutschland den Grad des geschlossenen Abstimmungsverhaltens von Fraktionen determinieren? Bedingt durch das „differenzierte Mehrebenensystem [...]“ (Schmidt 2007, S. 273), der Verzahnung von Bund- und Länderebene in der Bundesrepublik Deutschland, sind zwei simultane Wirkungsrichtungen denkbar, nämlich auf die Bundesebene auf der einen, sowie auf die Landesebene auf der anderen Seite. Die Annahme der ersten der beiden Wirkungsrichtungen ist keineswegs neu (vgl. Wildavsky 1961; Ozbudun 1970; Owens 2003; Desposato 2004; Carey 2007). Der vorliegende Artikel möchte sich jedoch unter Anwendung unseres oben eingeführten Modells der zweiten, simultanen Wirkungsrichtung auf die Landesebene annehmen. Diese wurde bisher noch nicht untersucht. Der Kern des Arguments speist sich dabei aus der Varianz der Konstellationen der Regierungskoalitionen zwischen dem Bund und den Ländern.

Grundsätzlich ist zunächst zu sagen, dass „[...] in most parliamentary democracies, no party typically gains a majority of the seats in the legislature implying that no one party can take control of government without cooperating with some other parties“ (Bäck 2009, S. 53). In Deutschland waren auf Bundesebene sämtliche bisherigen Regierungen Koalitionsregierungen (vgl. Rudzio 2006, S. 199), auf Länderebene entfiel im Zeitraum zwischen 1946 und 2007 mit über 62 Prozent immerhin noch eine deutliche Mehrheit der Regierungszeit in den Ländern auf Koalitionsregierungen (vgl. Reutter 2008, S. 213). Deren Bildung auf Bundes- und Landesebene lässt sich dabei nicht strikt getrennt betrachten, denn: “[...] [C]ooperative arrangements at one level of government are affected by, and may themselves affect, those forming at another level of government“ (Downs 1998, S. 266; vgl. auch Bräuninger u. Debus 2008, S. 309; Jun 1994, S. 100; Reutter 2008, S. 216). Sowohl zwischen den einzelnen Landesregierungen als auch zwischen der Bundesregierung und den Landesregierungen lässt sich jedoch nichtsdestotrotz Varianz in den Konstellationen der Regierungskoalitionen feststellen (vgl. etwa Schmidt 2007, S. 200). Bezuglich dieser Varianz sind drei verschiedene Muster denkbar: Die Konstellationen der Regierungskoalitionen können erstens identisch, zweitens nicht identisch und auch ohne Überschneidungen und drittens teilweise identisch sein.<sup>5</sup> In Anlehnung an Peter Schindler (1994, S. 852) soll fortan im ersten Fall von A-, im zweiten von B- und im dritten von C-Koalitionen gesprochen werden. Diese drei denkbaren Muster treten auch alle tatsächlich zutage<sup>6</sup> (vgl. Bräuninger u. König 1999, S. 218-219). Über drei Mechanismen könnte eben dieses Phänomen der Varianz der Konstellationen der Regierungskoalitionen auf den beiden governementalen Ebenen einen Einfluss auf den Grad des geschlossenen Abstimmungsverhaltens von Fraktionen auf Landesebene ausüben. Sie sollen auf den folgenden Seiten näher betrachtet und schließlich unter Anwendung der Logik des Modells von Bergman et al. durchdacht werden.

---

5 Hierbei wird die Unionsfraktion im Bundestag als nur ein Koalitionspartner gewertet, da andernfalls die Konstellation der identischen Regierungskoalitionen im Bund und einem Land bei Beteiligung der CSU in einer Koalition auf Bundesebene kategorisch ausgeschlossen wäre.

6 Zu den Gründen und Auswirkungen dieser Tatsache vgl. etwa Buelens u. Deschouwer 2007, S. 71-72.

Der erste Mechanismus basiert auf den Strukturen der Parteiorganisationen sowie dem Einfluss der Bundes- auf die Landespolitik. Auf William H. Rikers (1964, S. 125-135) Forschung basieren zwei Dimensionen zur Bestimmung der föderalen Rolle von Parteien, nämlich der Grad an Symmetrie des Parteienwettbewerbs auf den verschiedenen Systemebenen sowie der Grad vertikaler Integration von Parteiorganisation und -programmatiken (vgl. Detterbeck 2010, S. 202-203). Für die Zwecke dieses Artikels ist es lohnenswert, einen genaueren Blick auf die Organisation der Parteien im Mehrebenensystem der Bundesrepublik zu werfen.

Parteien sind keine einheitlichen Akteure (vgl. Benoit u. Giannetti 2009, S. 229). Das gilt auch im Hinblick auf ihre territoriale Organisationsdimension: „In federal and quasi-federal arrangements, regional party branches enjoy various degrees of autonomy“ (Stefuriuc 2007, S. 57; für den deutschen Fall vgl. Schneider 2002, S. 402). Bundes- und Landesebene der Parteiorganisationen stehen folglich ohne Zweifel in Interaktion miteinander. Der Grad dieser Interaktion lässt sich anhand der Dimensionen „vertikale Integration“ (diese kann definiert werden als „extent of organizational linkages, interdependence and cooperation between federal and state party organizations“; Thorlakson 2009, S. 161), „Einfluss“ („degree to which the state party organization is an important force in the federal party structure“; Thorlakson 2009, S. 162) und „Autonomie“ („freedom of the state level of the party to conduct its affairs without interference from the federal party“; Thorlakson 2009, S. 162) beurteilen (Thorlakson 2009, S. 157). Was die Bundesrepublik angeht, so lässt sich sagen: Die deutschen Parteien sind vertikal integriert (natürlich abgesehen vom Sonderfall CSU), der Einfluss der Parteiorganisationen der Länder ist im Durchschnitt recht hoch, für ihre Autonomie jedoch gilt das Gegenteil, so das Ergebnis einer empirischen Analyse (vgl. Thorlakson 2009, S. 166-167, S. 169). Was bedeutet das en détail? Der letzte Befund verdeutlicht schlicht, dass die Landesparteien von der Parteiorganisation auf Bundesebene stark abhängig sind. Der hohe Grad vertikaler Integration der deutschen Parteien äußert sich – und das wenig beeindruckt von dem beobachtbaren Regionalisierungstrend, also der Abnahme der Symmetrie des Parteienwettbewerbs zwischen Bundes- und Landesebene (vgl. Detterbeck 2010, S. 211, S. 208), seit der Wiedervereinigung – nicht nur etwa in einer Verflechtung der Organisationsstruktur zwischen den beiden Ebenen (vgl. Jun 1994, S. 91-92; Thorlakson 2006, S. 42), sondern auch darin, „[...] dass nationale und regionale Parteieinheiten auf programmatischer Ebene über die gemeinsamen Grundüberzeugungen hinaus auch bei den meisten Sachthemen ähnliche Positionen vertreten“ (Detterbeck 2010, S. 207; Hervorhebung im Original).<sup>7</sup> Von zentraler Bedeutung ist dabei der Mechanismus, durch den die Ähnlichkeit dieser Positionen zustande kommt:

<sup>7</sup> Fraktion ist nicht gleich Partei. Das bisweilen nicht ganz einfache Verhältnis zwischen außer- und innerparlamentarischem Teil einer Partei wurde bereits herausgearbeitet (vgl. Müller 2000). Ist im vorliegenden Artikel im Hinblick auf eine Partei von den „programmatischen Positionen auf Landesebene“ die Rede, so ist im Kern der innerparlamentarische Teil auf Landesebene, also die Fraktion, gemeint. Dies gilt äquivalent für die Bundesebene. Da wir jedoch nicht annehmen, dass sich die programmatischen Positionen von außer- und innerparlamentarischem Teil einer Partei grundsätzlich signifikant unterscheiden, kann diese Differenzierung im Rahmen des vorliegenden Artikels zum Zweck der Simplifizierung vernachlässigt werden.

Dank einer „innerparteilichen[n] Aggregationsleistung“ kommt es auf Bundesebene zum „Ausgleich differenter Positionen zwischen den einzelnen Segmenten einer Partei“ (Detterbeck 2010, S. 207). Der von Lori Thorlakson konstatierte relativ hohe Einfluss der Landesparteien in Kombination mit der vertikalen Integration bedeuten in der Praxis, dass die Willensbildung auf Bundesebene „eher einem Aushandlungsprozess [...] als einer einseitigen Kontrolle durch die Bundespartei“ entspricht (Detterbeck 2010, S. 218). Die programmatische Leitlinie der Bundespartei wird den Landesparteien also keinesfalls oktroyiert, sondern vielmehr in einem Prozess mit Bottom-Up-Dynamik ausgehandelt.

Ganz grundsätzlich – also natürlich ebenso für Bund wie Länder – gilt: Koalitionen einzugehen heißt (auch), sachpolitische Kompromisse zugunsten des Koalitionspartners einzugehen (vgl. Laver u. Schofield 1990, S. 164; Schmidt 1980, S. 129). Doch die sachpolitischen Kompromisse, die eine Partei auf Bundesebene eingeht, wirken sich aus drei Gründen auch auf die betreffende Landespartei aus. Erstens lässt sich aufgrund der beschriebenen Parteistrukturen argumentieren, dass sich eine Landespartei den programmatischen Positionen und damit auch den zwingend einzuhaltenden Kompromissen auf Bundesebene mitverpflichtet fühlt – schließlich sind diese über die Bottom-Up-Dynamik ausgehandelt worden. Zweitens hat die Bundesebene nach wie vor einen nicht zu vernachlässigenden Einfluss auf die Landesgesetzgebung (vgl. Laufer u. Münch 1998, S. 253). So sind „[...] viele Landesgesetze durch Bundesgesetze verursacht, und nur eine Minderheit der in den Ländern verabschiedeten Normen kann als ‚neu‘ bezeichnet werden“ (Reutter 2008, S. 247). Drittens liegt eine „hohe *personelle Verquickung* von Bundes- und Landesparteien“ (Detterbeck 2010, S. 207; Hervorhebung im Original) vor. Wir können folglich eine „überwölbende Handlungslogik der bundesweit agierenden Parteiformationen“ (Patzelt 2006, S. 126) konstatieren, die die Kompromisse in die Landesparteien hineinträgt. Hier kommen nun die verschiedenen möglichen Muster der Koalitionskonstellationen zwischen Bundes- und Landesebene ins Spiel. Ist die Zusammensetzung der Koalitionen auf beiden Ebenen identisch, so ist in der Folge zu erwarten, dass dies den Grad geschlossenen Abstimmungsverhaltens der Fraktionen auf Landesebene erhöht, da die Kongruenz der Koalitionskonstellationen die Wahrscheinlichkeit erhöht, dass die einzuhaltenden Kompromisse auf beiden Ebenen in die gleiche Richtung gehen, und so die über die Parteiorganisation oder den Einfluss der Bundes- auf die Landespolitik transmittierten innerparteilichen Spannungen sachpolitischer Art minimiert werden dürften. Eine A-Koalition auf Landesebene nähme, im Gegensatz zu einer C- oder insbesondere B-Koalition, Abgeordneten auf Landesebene also die Möglichkeit, sich bei einem dissentierenden Stimmverhalten partei- wie sachpolitisch auf die eigene Bundespartei zu berufen und erhöhte damit die Kosten eines solchen Abstimmungsverhaltens für den individuellen Abgeordneten.

Der zweite Mechanismus beruht auf dem Wunsch nach einer kohärenten Außendarstellung der Parteien über beide gouvernementalen Ebenen hinweg. Im Gegensatz zum klassisch-altliberalen Typ parlamentarischer Demokratie agieren Abgeordnete im in der Praxis de facto dominierenden (Schütt-Wetschky 1984,

S. 294) Gruppentyp<sup>8</sup> innerhalb des Parlaments in Gruppen, „[...] d. h. in Aktionsgemeinschaften politischer Akteure, die nach außen – gegenüber der Öffentlichkeit – in der Regel geschlossen auftreten [...]“ (Schütt-Wetschky 1984, S. 16). Die zentrale Rolle dieser Gruppen, der Fraktionen nämlich, spiegelt sich auch in der Rede vom „Fraktionenparlament“ (vgl. Thaysen 1976, S. 69-81). Für den politischen Prozess der landesparlamentarischen Praxis bedeutet dies auch: „Über die Fraktionen können Parteien ihre Positionen in den Parlamenten zur Geltung bringen“ (Reutter 2008, S. 184). Einen hinreichenden Grad an Fraktionsgeschlossenheit (der sich am offensichtlichsten in entsprechendem Abstimmungsverhalten äußert) vorausgesetzt, gilt: „[...] voters find the party label informative and useful“ (Strøm u. Müller 2009, S. 29). Doch – ganz gleich, ob man Wahlen auf Landesebene nun eher eine hohe eigenständige Bedeutung und Entkoppelung von der Bundespolitik zuspricht (vgl. Hough u. Jeffery 2003) oder nicht (vgl. Dinkel 1977; Burkhardt 2005) – außer Frage steht, dass „[...] geschlossenes Auftreten einer Partei honoriert, während harte Auseinandersetzungen bezüglich Personal und Themen als ‚zerstrittenes‘ Bild wahrgenommen werden [...]“ (Korte u. Fröhlich 2009, S. 147-148). Das Bemühen, den Eindruck von Fraktionsgeschlossenheit bei den Wählern zu vermitteln, enthält im föderalen System Deutschlands – Diskussion um Regionalisierungstrend hin oder her – neben der horizontalen (also Landes-)Dimension aber immer auch eine vertikale Dimension, denn:

„Bundes- und Landespolitik werden von den meisten Wählern weiterhin als eng miteinander verknüpft betrachtet und nicht streng geschieden. Ob eine Partei überzeugende Angebote bei zentralen Themen [...] machen kann, wird von vielen Wählern mit einem Blick auf *beide Ebenen* des politischen Systems beurteilt“ (Detterbeck u. Renzsch 2008, S. 48; Hervorhebung im Original).

Die Wahrscheinlichkeit, dass ein hoher Grad geschlossenen Abstimmungsverhaltens auf Landesebene den erhofften Effekt einer Honorierung seitens der Wähler hervorrufen wird, sinkt folglich, je offener ein Konflikt mit der eigenen Bundespartei zutage tritt. Der ausschließliche Blick auf die Landesebene greift zu kurz; vielmehr kommt es auch auf eine kohärente oder zumindest harmonische Außendarstellung einer Partei über beide hier betrachteten gouvernementalen Ebenen hinweg an.

Die Tatsache dieser Notwendigkeit sorgt jedoch in Verbindung mit den verschiedenen möglichen Koalitionskonstellationen und unter Berücksichtigung der hohen vertikalen Integration der Parteiorganisationen nicht immer für einen Anreiz zu mehrheitskonformem Abstimmungsverhalten. So ist anzunehmen, dass mit Abnahme der Kongruenz der Koalitionskonstellationen zwischen den beiden Ebenen auch der Anreiz eines individuellen Abgeordneten auf Landesebene zu mehrheitskonformem Abstimmungsverhalten sinkt. Im Fall einer B- oder C-Koalition auf Landesebene wird sich ein dissentierend votierender Landtagsabgeordneter auf die Position seiner Bundespartei, von der seine Landespartei aufgrund äußerer (also durch den Koalitionspartner auf Landesebene bedingte) Kompromisszwänge

<sup>8</sup> Für einen Überblick über die Merkmale der beiden Grundtypen siehe Schütt-Wetschky 1984, S. 87-94 sowie die tabellarische Gegenüberstellung am Ende des Buches.

ge abweicht, berufen können. Im Fall einer A-Koalition wird eine solche Legitimation dissentierenden Abstimmungsverhaltens auf Landesebene gegenüber den Wählern nicht mehr funktionieren. Der Anreiz eines individuellen Abgeordneten zu mehrheitskonformem Abstimmungsverhalten auf Landesebene ist daher in einer A-Koalition höher.

Der dritte Mechanismus basiert auf der Beteiligung der Länder an der Bundesgesetzgebung über den Bundesrat. Der Bundesrat entscheidet „als *Repräsentant des föderativen Prinzips* bei der Gesetzgebung des Bundes und bei anderen Fragen mit [...]“ (Rudzio 2006, S. 271; Hervorhebung im Original) und soll die Interessen der deutschen Länder repräsentieren (Leunig 2010, S. 90). Dass er letztgenanntem Anspruch in der Praxis tatsächlich gerecht wird und keine parteipolitische Instrumentalisierung entgegen der Intention des Parlamentarischen Rates stattfindet, daran gibt es seit geraumer Zeit (vgl. Gerhard Lehmbruch und seine These vom „Strukturbruch“; Lehmbruch 1976, S. 71) und auch heute noch (vgl. Langguth 2000, S. 5) Zweifel. Empirische Studien jüngeren Datums (vgl. Brunner u. Debus 2008; Shikano 2008; Bräuninger 2010) können Aufschluss geben. Demnach sei zwar nicht zu erwarten, „[...] dass die Länderregierungen ihren bundespolitischen Lagerführern blind folgen würden“ (Bräuninger et al. 2010, S. 246); doch Parteipolitik hat nichtsdestotrotz nachweislich einen Einfluss (vgl. Bräuninger et al. 2010, S. 246) und im Zeitverlauf lässt sich von „increasing relevance of partisan interests in the Bundesrat“ (Shikano 2008, S. 350) sprechen. In diesem Zusammenhang ist die Verzahnung der verschiedenen Ebenen einer Partei entscheidend, denn: „Sachpolitische Dispute zwischen Bundes- und Landesparteien [...] können [...] in der Regel parteiintern mittels Kompromissen und Paketlösungen verarbeitet werden“ (Detterbeck 2010, S. 207). Doch nicht nur spielt Parteipolitik im Bundesrat im Allgemeinen eine nicht zu vernachlässigende Rolle; vielmehr lässt sich auch die parteipolitische Zusammensetzung der Länderkoalitionen mit deren Abstimmungsverhalten in Verbindung bringen (vgl. Shikano 2008, S. 349-350). Die herausgearbeitete Bedeutung parteipolitischen Abstimmungsverhaltens in dieser Form lässt nicht nur den Schluss zu, dass es einer Landesregierung vom Typ A grundsätzlich schwerer fallen dürfte, ein gegen ‚ihre‘ aus den selben Koalitionspartnern zusammengesetzte, Koalition auf Bundesebene gerichtetes dissentierendes Votum im Bundesrat zu begründen, bzw. dass die Kosten eines solchen Votums höher ausfallen dürften; auch ein Einfluss auf den Grad des geschlossenen Abstimmungsverhaltens in den Landesparlamenten ist denkbar. Hier kommen wieder die angesprochenen innerparteilichen Kompromisse und Paketlösungen ins Spiel. Angesichts der großen Abhängigkeit eines Ministerpräsidenten von der Unterstützung der Regierungsfraktionen (vgl. Reutter 2008, S. 217) dürfte die Landesspitze einer Partei keine guten Karten haben, gegenüber der Bundesebene Zugeständnisse zugunsten ihrer spezifischen territorialen Interessen zu erreichen, sollte ihre eigene Fraktion auf Landesebene nicht den Eindruck machen, ihre Landesspitze voll und ganz geschlossen zu unterstützen und ihr damit bei dem Versuch, Zugeständnisse zu erreichen, den Rücken zu stärken. Welche Schlüsse können wir hieraus für eine Landespartei, die solche Zugeständnisse erreichen möchte, und für den Grad geschlossenen Abstimmungsverhaltens auf Landesebene ziehen? Im Fall einer B-Koalition gar keine, denn ihre Zustimmung

im Bundesrat wird entweder nicht nötig (gleichgerichtete Mehrheiten in Bundestag und -rat) oder (bei gegensätzlichen Mehrheiten) sowieso durch Zugeständnisse „erkauf“ werden. Im Fall einer C-Koalition wird sich dissentierendes Abstimmungsverhalten auf Landesebene auch mit inhaltlichem Dissens mit dem Koalitionspartner auf Landesebene begründen lassen, ohne dass die Verhandlungsposition gegenüber der Bundesebene geschwächt erscheint. Doch im Fall einer A-Koalition wird sich das negative Bild einer von Abweichlern gezeichneten Fraktion auf Landesebene auf die Landesspitze der Partei übertragen und auf diese Weise das Erreichen von Zugeständnissen seitens der Bundesebene, an der jedoch in der Regel auch die einzelnen Abgeordneten auf Landesebene als Teil ihrer Landespartei ein reges Interesse haben dürften, deutlich unwahrscheinlicher werden lassen.

Kommen wir nun auf das Modell von Bergman et al. zurück. Aggregiert man die drei Wirkungsmechanismen, so stellt man fest, dass sie alle drei in die gleiche Richtung wirken und sich der zu erwartende Effekt hierdurch noch verstärken müsste. Generell nehmen wir an, dass die Ursache für dissentierendes Abstimmungsverhalten hauptsächlich in von der Fraktionsmehrheit abweichenden sachpolitischen Präferenzen liegt und angesichts der karrierebezogenen Präferenzen parteispezifische Normen, staatliche Normen sowie Eigenschaften des Parteiensystems die Kosten für ein solches dissentierendes Abstimmungsverhalten determinieren. Grundvoraussetzung für ein dissentierendes Abstimmungsverhalten sind folglich von der Mehrheitslinie auf Landesebene differierende sachpolitische Präferenzen. Staatliche Normen sowie Eigenschaften des Parteiensystems mögen sich von Bundesland zu Bundesland unterscheiden; im Rahmen des Einflusses, den der Föderalismus auf das Abstimmungsverhalten ausübt, spielen sie keine Rolle. Für die übrigen Determinanten lässt sich das nicht behaupten. Im Fall der ersten beiden Wirkungsmechanismen lässt sich dissentierendes Abstimmungsverhalten mit zunehmender Kongruenz der Koalitionskonstellationen schlechter mit der programmatischen Position auf der Bundesebene begründen; stimmt ein Landtagsabgeordneter nichtsdestotrotz dissentierend, so erhöhen sowohl die partispezifischen Normen als auch drohende Stimmenverluste für die eigene Partei<sup>9</sup> das Risiko bezüglich seiner karrierebezogenen Präferenzen. Beim dritten Wirkungsmechanismus kommt außerdem noch die Tatsache hinzu, dass ein Abgeordneter durch sein dissentierendes Abstimmungsverhalten mit zunehmender Kongruenz der Koalitionskonstellationen die Wahrscheinlichkeit für die Durchsetzung seiner landesspezifischen territorialen Interessen senkt. Summa summarum bedeutet das im Hinblick auf die drei unterschiedlichen Koalitions muster auf Landesebene: Pauschal lässt sich nicht sagen, dass Föderalismus den Grad geschlossenen Abstimmungsverhaltens von Fraktionen auf Landesebene erhöht, sehr wohl aber, dass er diesen Einfluss haben kann. Ob es im konkreten Fall dazu kommt und,

<sup>9</sup> Zwar könnte ein Abgeordneter im Hinblick auf die Direktwahl in seinem Wahlkreis die Chance sehen, durch dissentierendes Abstimmungsverhalten auf Landesebene gezielt in seinem Wahlkreis zu punkten; doch selbst falls ihm angesichts seines Abstimmungsverhaltens die erneute Nominierung seitens der Landespartei nicht streitig gemacht werden sollte, wird dem Abgeordneten nach einer eventuellen Wiederwahl sicherlich mindestens ein innerparteilicher Karrieresprung verwehrt bleiben. Somit hätte er sich durch sein Abstimmungsverhalten mittelfristig keinen Gefallen getan.

falls ja, in welchem Maß, ist von der jeweils vorliegenden Koalitionskonstellation abhängig. Die diesbezügliche Wirkungskraft des Föderalismus müsste in einer A-Koalition am größten sein, in einer B-Koalition nicht existieren und in einer C-Koalition dazwischen liegen.

### 3. Empirische Evidenz

#### 3.1 Untersuchungsdesign

Im Rahmen des vorliegenden Artikels ist es aus Kapazitätsgründen leider nicht möglich, alle 16 Bundesländer in die empirische Analyse einzubeziehen. Daher ist eine Auswahl zu treffen. Dies ist keine leichte Aufgabe, denn in sozialer wie ökonomischer Hinsicht gibt es Unterschiede zwischen den Ländern (vgl. Jeffery 1999, S. 164); gleichzeitig ist die Argumentation natürlich auf Koalitionsregierungen gemünzt, die somit für die Analyse besser geeignet sind als Einparteienregierungen, da sich ein möglicher Effekt im Fall von Koalitionsregierungen besser nachweisen lassen müsste; alle Koalitionstypen auf der Landesebene sollten abgedeckt sein; ein Koalitionswechsel auf der Bundesebene während des Untersuchungszeitraums ist ebenfalls wünschenswert, da auf diese Weise die Gefahr der übermäßigen Determiniertheit der Analyseergebnisse durch Eigenschaften oder Auswirkungen einer bestimmten Bundesregierung reduziert werden kann; entsprechend sollten auch mehrere Legislaturperioden Eingang in die Analyse finden; angesichts einer großen Varianz in der Anzahl der namentlichen Abstimmungen pro Legislaturperiode zwischen den Ländern sollte die Differenz in der Zahl der Beobachtungen zwischen den ausgewählten Ländern zumindest nicht allzu groß sein; dies gilt auch für die Zahl der Beobachtungen, die auf die verschiedenen Koalitionstypen entfallen. All diesen Kriterien zum Zweck einer möglichst guten Verallgemeinerbarkeit der Ergebnisse ohne jegliche Abstriche gerecht zu werden, ist nicht möglich. Die Auswahl (vgl. Tabelle 1) der Länder Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Brandenburg im Zeitraum 26.10.1998 bis 26.10.2009 stellt aber eine gute Grundlage für die Analyse dar.

**Tabelle 1: Namentliche Abstimmungen je Bundesland und Koalitionstyp**

Bundesland	Zeitraum	Koalitionstyp*			Σ N namentliche Abstimmungen
		A	B	C	
Baden-Württemberg	Koalitionspartner	CDU, FDP/DVP	26.10.1998-17.10.2005	18.10.2005-26.10.2009	88
			52	36	
		N namentliche Abstimmungen			
Brandenburg**	Zeitraum	18.10.2005-26.10.2009	SPD, CDU	13.10.1999-17.10.2005	107
	Koalitionspartner			SPD, CDU	
	N namentliche Abstimmungen	42		65	
Nordrhein-Westfalen	Zeitraum	26.10.1998-07.06.2005	08.06.2005-17.10.2005	18.10.2005-26.10.2009	43
	Koalitionspartner	SPD, Grüne	CDU, FDP	CDU, FDP	
	N namentliche Abstimmungen	15	3	25	
Σ N namentliche Abstimmungen		57	55	126	238

\*Anmerkung 1: Als Kriterium zur Bestimmung der Zeiträume der verschiedenen Koalitionstypen dient die Erstreckung der Wahlperioden, gerechnet vom Tag der konstituierenden Sitzung bis zum Tag vor der konstituierenden Sitzung der nächsten Wahlperiode.

\*\*Anmerkung 2: Der Zeitraum 26.10.1998-12.10.1999 wird nicht mit einbezogen, da hier eine SPD-Alleinregierung vorlag (vgl. Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung 2009). In diesem Zeitraum fanden jedoch ohnehin keine namentlichen Abstimmungen statt, sodass dies nicht weiter ins Gewicht fällt.

Quellen: Deutscher Bundestag 1998-2009; Staatsministerium Baden-Württemberg 2010; Landtag von Baden-Württemberg 1998-2009; Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung 2009; Landtag Nordrhein-Westfalen 2010.

Da die Bundesländer hinsichtlich ihrer sozioökonomischen Unterschiede in zwei Gruppen, nämlich west- und ostdeutsche Flächenländer<sup>10</sup>, eingeteilt werden können (Jeffery 1999, S. 159-160), sind beide Gruppen bei der Fallauswahl berücksichtigt worden. Sämtliche namentlichen Abstimmungen entfallen auf die Regierungszeit von Koalitionsregierungen. In jedem Bundesland sind mindestens zwei Koalitionstypen vertreten.<sup>11</sup> Auf der Bundesebene sind die rot-grünen Koalitionen unter Gerhard Schröder sowie die Große Koalition unter Angela Merkel abgedeckt. Im Beobachtungszeitraum sind in jedem Bundesland mehrere Legislaturperioden vertreten. Die Verteilung der namentlichen Abstimmungen auf die einzelnen Bundesländer ist im gewählten Untersuchungszeitraum recht ausgewogen.

10 Die drei Stadtstaaten sowie das Saarland stellen in diesem Zusammenhang Sonderfälle dar (vgl. Jeffery 1999, S. 160) und bleiben daher bei der Fallauswahl außen vor.

11 Auch angesichts der Tatsache, dass Dominanz einer der beiden großen Parteien in den jeweiligen Bundesländern immer noch – wenn auch in schwindendem Maße – vorkommt (vgl. Schmidt 2007, S. 197-198, S. 200; Rudzio 2006, S. 305, S. 307), ist das Auftreten aller drei Koalitionstypen innerhalb eines überschaubaren Untersuchungszeitraums selten.

Das lässt sich auch von der Verteilung der namentlichen Abstimmungen auf die einzelnen Koalitionstypen sagen. Da sich unsere Argumentation hauptsächlich auf die Regierungsfraktionen bezieht, werden nur diese in die Analyse einbezogen. Die Abstimmungsergebnisse werden auf Aggregatebene (Abstimmungsverhalten einer Fraktion bei einer Abstimmung) erhoben.<sup>12</sup> Um tatsächlich auch möglichst alle entsprechenden Abstimmungen einzubeziehen, wurden bei deren Erhebung auch die Dokumentationsstellen der Landtage zu Rate gezogen.

Unter den verschiedenen in Parlamenten praktizierten Abstimmungsmethoden bietet nur die Methode der namentlichen Abstimmung für die Zwecke des vorliegenden Artikels hinreichende Informationen über das Abstimmungsverhalten *individueller* Abgeordneter (vgl. Saalfeld 1998, S. 793-795). Nur auf Grundlage der Ergebnisse namentlicher Abstimmungen also kann aus den Plenarprotokollen der Parlamentssitzungen der Grad des geschlossenen Abstimmungsverhaltens einer Fraktion ermittelt werden. Die ausschließliche Betrachtung namentlicher Abstimmungen hat zwar in der Literatur auch Bedenken hervorgerufen, doch können diese dank einer Reihe an Gegenargumenten stark gemindert werden (vgl. Saalfeld 1995, S. 55-67). Somit lässt sich sagen: „Abweichendes Stimmverhalten bei namentlichen Abstimmungen bietet einen systematisch über lange Zeit erhebbarer, eindeutig interpretierbaren Indikator für innerfraktionelle Konflikte“ (Saalfeld 1995, S. 67). Unter den verschiedenen Indizes innerfraktioneller Geschlossenheit (vgl. Saalfeld 1995, S. 68-73) stellt der von Stuart A. Rice (1969, S. 208-209) entwickelte „index of cohesion“ („Rice-Index“) den geläufigsten (vgl. Sieberer 2006, S. 158) dar. Der vorliegende Artikel will eine gute Vergleichbarkeit der Ergebnisse erreichen, gleichzeitig jedoch dem von Rice vernachlässigten „qualitativen Unterschied zwischen expliziter Stimmabgabe gegen die Fraktionslinie und Stimmenthaltung“ (Saalfeld 1995, S. 76) gerecht werden und greift daher auf Saalfelds modifizierten Rice-Index (mRI) zurück<sup>13</sup>, der Stimmenthaltungen mit dem Gewichtungsfaktor 0,5 multipliziert in die Analyse einbezieht (vgl. Saalfeld 1995, S. 76). Absenzen, also Fernbleiben von einer Abstimmung, werden jedoch nicht berücksichtigt, da sie „[...] in aller Regel keine systematische statistische Beziehung zum Grad der Abstimmungskohäsion einer Fraktion auf[weisen]“<sup>14</sup> (Saalfeld 1995, S. 77). Der Grad geschlossenen Abstimmungsverhaltens einer

- 
- 12 Zwar greifen die drei präsentierten Wirkungsmechanismen auf der Individualebene; doch Erkenntnisinteresse dieses Artikels ist es, einen möglichen Einfluss des Föderalismus auf den Grad des geschlossenen Abstimmungsverhaltens auf Landesebene zu überprüfen, und nicht, die drei Mechanismen gezielt zu testen. Die Mechanismen erfüllen vielmehr den Schritt der Erklärung eines solchen Einflusses des Föderalismus; daher die Analyse auf der Aggregatebene.
- 13 Datenquellen für die Berechnung des Index in dem vorliegenden Artikel: Weik 2003, S. 13-164; Landtag von Baden-Württemberg 1998-2009; Landtag Brandenburg 1999-2009; Landtag Nordrhein-Westfalen 1998-2009.
- 14 „Zweifellos kann Fernbleiben von einer Abstimmung im Einzelfall Dissens ausdrücken“; es kann aber „[...] im allgemeinen *nicht* als Form des Dissenses interpretiert werden [...]“ (Saalfeld 1995, S. 76; Hervorhebung im Original). Dies gilt auch im Fall einer Differenzierung zwischen unentschuldigten und entschuldigten Absenzen. Bei den Stimmenthaltungen dagegen ist eine solche systematische statistische Beziehung gegeben (ausführlich Saalfeld 1995, S. 73-77).

Fraktion i bei einer Abstimmung j lässt sich somit mathematisch auch folgendermaßen ausdrücken<sup>15</sup>:

$$mRI_{ij} = |v_{ij}^+ - v_{ij}^-| - 0,5 v_{ij}^0$$

wobei:

$mRI_{ij}$  = modifizierter Rice-Index der Fraktion i bei Abstimmung j,

$v_{ij}^+$  = Anteil der Ja-Stimmen an den abgegebenen Stimmen der Fraktion i bei Abstimmung j in Prozent,

$v_{ij}^-$  = Anteil der Nein-Stimmen an den abgegebenen Stimmen der Fraktion i bei Abstimmung j in Prozent,

$v_{ij}^0$  = Anteil der Enthaltungen an den abgegebenen Stimmen der Fraktion i bei Abstimmung j in Prozent.

Um einem „omitted variable bias“ (vgl. King et al. 1994, S. 168-182) entgegenzuwirken, sollen Kontrollvariablen in die Analyse einbezogen werden. Aufgrund der spezifischen Untersuchungsanlage des vorliegenden Artikels können jedoch nicht alle Variablen, die sich hierfür theoretisch anbieten, auch praktisch einbezogen werden. Nichtsdestotrotz verbleiben eine Reihe in Frage kommender Variablen. Erstens ist zu erwarten, dass zunehmende Fraktionsgröße einen positiven Effekt auf den Grad geschlossenen Abstimmungsverhaltens hat, was sich „by the larger weight of individual dissent on the overall unity score in smaller parties“ (Sieberer 2006, S. 172) erklären lässt. Als Operationalisierung dient der prozentuale Sitzanteil einer Fraktion in einer Legislaturperiode.<sup>16</sup> Zweitens könnte der Sitzvorsprung einer Regierungskoalition vor der Opposition einen Einfluss haben, denn: „If the margin is large, the government can afford some disunity without endangering winning the vote“ (Sieberer 2006, S. 157-158). Die erwarteten Kosten für ein dissentierendes Votum dürften im Fall eines großen Sitzvorsprungs folglich geringer ausfallen. Als Operationalisierung dient hier der prozentuale Sitzanteil der Regierungskoalition.<sup>17</sup> Drittens kommt auch die Isolation einer Fraktion im Politikraum in Frage (vgl. Saalfeld 1995, S. 267). Hier ist zu erwarten, dass mit Abnahme des Abstandes einer Fraktion auf der Links-Rechts-Dimension zur nächstgelegenen Fraktion zum einen die Wahrscheinlichkeit steigt, „[...] that an MP dissatisfied with his/her party's position will find alternatives more in line with his/her preferences in neighbouring PPGs“ (Sieberer 2006, S. 158), und zum anderen die Opportunitätskosten eines Fraktionswechsels sinken (vgl. Saalfeld 1995, S. 267). Beides sollte den Grad des geschlossenen Abstimmungsverhaltens von Fraktionen nach unten drücken. Als Operationalisierung dient bei jeder Abstimmung diejenige Distanz auf der Links-Rechts-Dimension zwischen der betreffenden Fraktion und einer beliebigen anderen Fraktion zum

15 Die hier präsentierte Formel würde ein verfälschtes Bild des Grades geschlossenen Abstimmungsverhaltens liefern, wenn sich die Mehrheit einer Fraktion der Stimme enthält. Dieser Fall tritt jedoch in der vorliegenden Analyse nicht auf.

16 Datenquellen: Weik 2003, S. 173; Kühnel 2009, S. 181-184; Der Landeswahlleiter/Landesabstimmungsleiter 2010; Vogel 2006, S. 687.

17 Datenquellen: Weik 2003, S. 173; Kühnel 2009, S. 181-184; Der Landeswahlleiter/Landesabstimmungsleiter 2010; Vogel 2006, S. 687.

Zeitpunkt der Abstimmung, die am geringsten ist.<sup>18</sup> Viertens sind bundeslandspezifische staatliche Normen, denen eine Fraktion unterliegt, zu nennen. Als Beispiel lässt sich das Wahlsystem zum Landtag von Baden-Württemberg (vgl. Schmidt 2007, S. 51) anführen; hier „[...] bestehen keine Parteilisten, formal konkurrieren nur parteilich gebundene Wahlkreiskandidaten um die Sitze im Landtag [...]“ (Reutter 2008, S. 78), was eine Einflussnahme von Fraktions- oder Parteispitze auf die individuellen Wahlchancen (etwa über die Bildung von Wahllisten) schon theoretisch erheblich einschränkt. Fünftens ist auch ein Einfluss durch das Bestehen der Großen Koalition auf Bundesebene von 2005 bis 2009 denkbar. Der kooperationsorientierte, mehr auf „kollektive[...] Willensbildung“ (Korte u. Fröhlich 2009, S. 252) angelegte Politikstil dieser zweiten Großen Koalition könnte sich in den beiden großen Parteien über die beschriebenen Strukturen der Parteiorganisationen auch auf die Landesebene ausgewirkt (vgl. auch Lehmbruch 1976, S. 132) und das dortige innerfraktionelle Konfliktpotenzial gesenkt haben. In die Analyse einbezogen werden könnten die beiden letztgenannten möglichen Kontrollvariablen in Form von Dummys. Was die drei möglichen Koalitionstypen angeht, so haben wir oben im Gegensatz zum Typ B im Fall des Typs C und insbesondere des Typs A Anreize zu mehrheitskonformem Abstimmungsverhalten herausgearbeitet; entsprechend sollen Typ C und A (als Dummy-Variablen kodiert; vgl. Bühl 2008, S. 367 sowie auch Bortz 2005, S. 484) in die Analyse einbezogen werden.

Was die möglichen Kontrollvariablen angeht, so sollen – da sich die Forschungsfrage des vorliegenden Artikels auf den möglichen Effekt des vorliegenden Koalitionstyps auf den Grad geschlossenen Abstimmungsverhaltens von Fraktionen richtet – ausschließlich diejenigen darunter tatsächlich in die Analyse einbezogen werden, die sowohl mit dem Grad des geschlossenen Abstimmungsverhaltens der Fraktionen als auch mit mindestens einem der in die Analyse eingebrachten Koalitionstypen signifikant in Zusammenhang<sup>19</sup> stehen (vgl. Sieberer 2007, S. 265). Nach entsprechender Prüfung werden nun schlussendlich – neben der abhängigen Variablen „mRI“ sowie den kausalen Schlüsselvariablen (vgl. King et al. 1994, S. 77; Sieberer 2007, S. 259) „Typ A“ und „Typ C“ – als Kontrollvariablen die Länder Baden-Württemberg („BW“) und Brandenburg („BB“), die Große Koalition („GrK“) sowie die Koalitionsgröße („KGröße“) eingeführt.<sup>20</sup> Entsprechend den vorliegenden Skalenniveaus kann als Analyseverfahren zu-

18 Datenquelle: Daten aus Bräuninger u. Debus 2011, erhalten durch persönliche Kommunikation mit Thomas Bräuninger. Verwendet wurden die geschätzten Positionen der Landesparteien auf der Links-Rechts-Dimension (vgl. Bräuninger u. Debus 2008, S. 318-319; Benoit u. Laver 2006, S. 133, S. 145). Es wird angenommen, dass sich die programmativen Positionen der Landesparteien nicht signifikant von denen der jeweiligen Landesfraktionen unterscheiden (vgl. Fußnote 7). Da nicht für jedes Jahr Werte vorliegen, wird bei Abstimmungen in Jahren ohne vorliegenden Wert jeweils der zeitlich am nächsten zur Abstimmung liegende Wert herangezogen.

19 Zur adäquaten Messung (vgl. Bühl 2008, S. 268, 346; Schlüttgen 2000, S. 181-182; Backhaus et al. 2008, S. 309-310) wurden der Spearman'sche Korrelationskoeffizient bzw. der Phi-Koeffizient herangezogen.

20 Im Hinblick auf die Prüfung auf Multikollinearität (vgl. Backhaus et al. 2008, S. 96) kann hier schon einmal positiv angemerkt werden, dass kein Zusammenhangsmaß im Betrag den Wert 0,511 übersteigt.

nächst die multiple lineare Regression nach der Methode der kleinsten Quadrate zur Anwendung kommen (vgl. Backhaus et al. 2008, S. 55, 63).

### 3.2 Analyse und Diskussion

Die Analyse gliedert sich in drei Schritte. In Analyseschritt 1 dient als Untersuchungseinheit der Grad geschlossenen Abstimmungsverhaltens einer Fraktion bei einer einzelnen Abstimmung. Da sich sämtliche in diese Untersuchung einbezogenen Koalitionen aus zwei Koalitionspartnern zusammensetzen, ergeben sich so in Analyseschritt 1 aus den 238 erhobenen Parlamentsabstimmungen 476 Beobachtungen. In rund 88,24 Prozent der Beobachtungen und 80,25 Prozent der Parlamentsabstimmungen blieb dabei dissentierendes Abstimmungsverhalten aus. Diese Werte erscheinen auf den ersten Blick sehr hoch, werden jedoch nach einem genaueren Blick ins rechte Licht gerückt. Da die vorliegende Untersuchung nicht das Abstimmungsverhalten aller, sondern lediglich das der Regierungsfraktionen einbezieht, werden Parlamentsabstimmungen, in denen die Regierungsfraktionen vollkommen geschlossen abstimmen, in den Reihen der Opposition aber dissentierendes Abstimmungsverhalten auftritt, hier dennoch als Abstimmungen ohne Auftreten dissentierenden Abstimmungsverhaltens gewertet. Berücksichtigt man dies, so kann der hier ermittelte Anteil von gut 80 Prozent Parlamentsabstimmungen mit vollkommen geschlossenem Abstimmungsverhalten im Vergleich als durchschnittlich eingeschätzt werden (vgl. etwa Saalfeld 1995, S. 109-110). Was die hier erhobenen Daten angeht, so verteilen sich die Abstimmungen mit dissentierendem Abstimmungsverhalten auf alle einbezogenen Länder.

Führt man aber auf dieser Grundlage eine multiple lineare Regression durch, so können nicht alle Prämissen des linearen Regressionsmodells (vgl. Backhaus et al. 2008, S. 79-100) als unverletzt gelten. Wir führen dies darauf zurück, dass eine sehr hohe Anzahl an Beobachtungen in der abhängigen Variablen den Wert 100 aufweist. Daher soll sich Analyseschritt 1 zunächst ausschließlich auf diejenigen Beobachtungen beschränken, bei denen dissentierendes Abstimmungsverhalten auftritt (was freilich bei der Interpretation der Ergebnisse zu berücksichtigen ist). Analyseschritt 1 umfasst zwei Modelle: *Modell 1a* untersucht ausschließlich die vermuteten kausalen Schlüsselvariablen „Typ A“ und „Typ C“ nach der Ein schlussmethode; *Modell 1b* umfasst zusätzlich die ausgewählten Kontrollvariablen und zeigt das endgültige Ergebnis nach der Rückwärtsmethode, also nachdem die letzte der ausgeschlossenen Variablen entfernt wurde.<sup>21</sup> Abhängige Variable ist jeweils der modifizierte Rice-Index „mRI“.<sup>22</sup>

21 Hinsichtlich der Rückwärtsmethode gilt hier und im Folgenden stets: Wahrscheinlichkeit von F-Wert für Ausschluss  $\geq 0,1$ .

22 Aus den Beobachtungen der Variablen „mRI“ mit dissentierendem Abstimmungsverhalten wurde vor der Analyse eine Beobachtung mit Extremwert (über das Dreifache des Interquartilabstandes unterhalb des unteren Quartils) aus beiden Modellen ausgeschlossen (vgl. Eckstein 2008, S. 88).

**Tabelle 2:** Ergebnisse aus Analyseschritt 1 und 2

Variablen	Modell 1a		Modell 1b		Modell 2a			Modell 2b		
	B (s)	Sig.	B (s)	Sig.	B (s)	Beta	Sig.	B (s)	Beta	Sig.
Konst.	85,043 (2,387)	,000***	85,043 (2,387)	,000***	117,199 (5,522)		,000***	115,169 (4,814)		,000***
Typ A	9,507 (3,268)	,005***	9,507 (3,268)	,005***	-0,659 (1,119)		,565	–		
Typ C	5,212 (2,587)	,049**	5,212 (2,587)	,049**	,061 (1,122)		,957	–		
KGröße		–		–0,327 (,103)	-0,962 (,103)	,006***	-0,286 (,086)	-0,840 (,086)	,004***	
GrK		–		,492 (,861)		,576	–			
BW		–		,500 (,921)		,595	–			
BB		–		2,317 (1,105)		,053*	1,700 (,920)		,080*	
Korr. R <sup>2</sup>		,107		,107		,274			,312	
F		4,234**		4,234**		2,320*			5,758**	
N		55		55		22			22	

**Anmerkungen:**

,–‘ zeigt an, dass eine Variable aus dem Modell ausgeschlossen worden ist.

\* $p < 0,1$  („signifikant“), \*\* $p < 0,05$  („hoch signifikant“), \*\*\* $p < 0,01$  („höchst signifikant“).

Tabelle 2 fasst die zentralen Ergebnisse aus Analyseschritt 1 zusammen. In den Modellen 1a und 1b haben sowohl „Typ A“ wie auch „Typ C“ einen Effekt. Das Ergebnis der beiden Modelle ist identisch; in Modell 1b wurden keine Kontrollvariablen im Modell belassen. Beide Koeffizienten weisen jeweils in die prognostizierte Richtung. Dabei erweist sich „Typ A“ als der stärkere Effekt und ist höchst signifikant, während „Typ C“ immer noch hoch signifikant ist.

In Analyseschritt 1 wurden diejenigen Beobachtungen, bei denen kein dissentierendes Abstimmungsverhalten auftrat, ausgeschlossen, da von den ursprünglichen 476 Beobachtungen viele in der abhängigen Variablen den Wert 100 erreichten. Doch nicht nur die abhängige Variable, sondern auch die Kontrollvariable „KGröße“ weist bei einer großen Zahl der ursprünglichen 476 Beobachtungen gleiche Werte auf. Dies liegt nahe, da sich die Größe einer Koalition nicht von Abstimmung zu Abstimmung verändert, sondern in der Regel nur von Legislaturperiode zu Legislaturperiode. Mit dem Ziel, beiden dieser Mängel entgegenzuwirken und damit die Güte des Modells zu erhöhen, wurden in Analyseschritt 2 daher Beobachtungen aggregiert. Dabei wurden stets so viele chronologisch benachbarte Beobachtungen mit identischen Werten in sowohl den kausalen Schlüsselvariablen als auch in allen Kontrollvariablen aggregiert, bis bei einer Beobachtung in irgendeiner der genannten Variablen eine Veränderung des Messwertes zutage tritt. In der abhängigen Variablen wurde für die jeweils aggregierten Beobachtungen das arithmetische Mittel berechnet. Auf diese Weise können die beiden beschriebenen Mängel beseitigt werden und eine Analyse auf Basis aller zur Verfügung stehender Be-

obachtungen erfolgen. Damit reduziert sich in diesem Analyseschritt 2 die Zahl der Beobachtungen auf 22, wobei jeweils acht Beobachtungen auf Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen sowie sechs Beobachtungen auf Brandenburg entfallen; die aggregierten Beobachtungen sind also nun auch gleichmäßig auf die Länder verteilt, was an dieser Stelle positiv hervorgehoben werden kann.

In Analyseschritt 2 wird getestet, ob sich die Ergebnisse aus Analyseschritt 1 auch auf Grundlage der aggregierten Daten bestätigen. Dazu wird eine weitere multiple lineare Regression nach der Rückwärtsmethode gerechnet, die sowohl die vermuteten kausalen Schlüsselvariablen als auch die ausgewählten Kontrollvariablen umfasst. *Modell 2a* zeigt dabei die Ergebnisse vor Ausschluss der ersten Variablen und *Modell 2b* wiederum das endgültige Ergebnis, nachdem die letzte der ausgeschlossenen Variablen entfernt wurde. Tabelle 2 fasst auch die zentralen Ergebnisse aus diesem Analyseschritt 2 zusammen. Analyseschritt 2 kann die Ergebnisse für die vermuteten kausalen Schlüsselvariablen „Typ A“ und „Typ C“ aus Analyseschritt 1 nicht bestätigen. In *Modell 2a* sind weder „Typ A“ noch „Typ C“ signifikant. Doch im Gegensatz zum Koeffizienten von „Typ C“ weist derjenige von „Typ A“ nicht in die prognostizierte Richtung. In *Modell 2b* wurden die beiden Variablen nicht im Modell belassen. Was die Kontrollvariablen angeht, so ergibt sich in beiden Modellen ein negativer Effekt der Kontrollvariable „KGröße“ auf höchst signifikantem Niveau, zudem ein positiver Effekt des Länderdummys „BB“<sup>23</sup>, der auf dem 10-Prozent-, jedoch nicht auf dem 5-Prozent-Niveau signifikant ist. Alle anderen Variablen sind nicht signifikant (*Modell 2a*) bzw. wurden nicht im Modell belassen (*Modell 2b*).

Hinsichtlich der globalen Gütemaße (vgl. Backhaus et al. 2008, S. 93-94) lässt sich sagen, dass der Wert des korrigierten  $R^2$  von den Modellen 1a und 1b zu *Modell 2b* ansteigt. Dass dieser Wert auch in *Modell 2b* mit 0,312 verhältnismäßig niedrig bleibt, ist sicherlich auch auf die notwendigerweise sehr spezifisch auf das Erkenntnisinteresse des vorliegenden Artikels zugeschnittene Untersuchungsanlage zurückzuführen, die das Einbeziehen einiger andernorts relevanter Determinanten wie etwa der Unterscheidung zwischen Regierungs- und Oppositionsfraktion (vgl. Sieberer 2006, S. 172) unmöglich macht. Das mag dazu führen, dass der verbleibende Anteil nicht erklärter Streuung an der Gesamtstreuung im vorliegenden Fall tatsächlich nicht nur strukturell bedingt, sondern auch auf spezifische Abstimmungsinhalte und -situationen zurückzuführen ist, deren Berücksichtigung an dieser Stelle nicht möglich ist. Den besten F-Wert erreicht *Modell 2b* (5,758).

Im Hinblick auf das Erkenntnisinteresse des vorliegenden Artikels ist natürlich primär von Interesse, ob bzw. in welchen Modellen sich die vermuteten kausalen Schlüsselvariablen auch unter Einbeziehung der Kontrollvariablen behaupten konnten. Dies ist lediglich in *Modell 1b* der Fall, in dem nur Abstimmungen mit dissentierendem Abstimmungsverhalten berücksichtigt wurden. Der Schluss auf einen tatsächlichen Einfluss des Koalitionstyps bleibt hier folglich auch auf diese Abstimmungen begrenzt (wobei für die Zukunft eine Überprüfung auf breiterer

23 Dieser Effekt mag mit der vergleichsweise hohen Standardabweichung der aggregierten Daten Nordrhein-Westfalens zu tun haben (vgl. Bortz 2005, S. 486). Im Hinblick auf das Erkenntnisinteresse des vorliegenden Artikels ist dies jedoch nicht weiter von Bedeutung.

Datenbasis wünschenswert ist). Dennoch sind die Ergebnisse aus Analyseschritt 1 und 2 hier keineswegs als Widerspruch zu sehen. Vielmehr deuten sie darauf hin, dass ebenenübergreifende Koalitionsmuster einerseits zwar keine Rolle spielen, wenn es um das Aufbrechen der vollkommenen Fraktionsgeschlossenheit geht, sehr wohl jedoch einen Einfluss haben auf den Grad an Fraktionsgeschlossenheit, der noch erreicht wird bei Abstimmungen, deren innerfraktionelles Konfliktpotenzial für dissentierendes Abstimmungsverhalten ausreicht. Das Abstimmungsverhalten der individuellen Abgeordneten bei solchen Abstimmungen würde also sehr wohl auch vom Koalitionstyp abhängen.

Um den in Analyseschritt 1 gefundenen Einfluss des Koalitionstyps bei Abstimmungen mit dissentierendem Abstimmungsverhalten zu untermauern, soll nun noch ein Analyseschritt 3 folgen, der hier aus Platzgründen jedoch nur begrenzt dargelegt werden kann. In diesem dritten Analyseschritt soll fallstudienhaft untersucht werden, ob sich bei den selben Abgeordneten im selben Politikfeld unter den unterschiedlichen Koalitionstypen tatsächlich ein unterschiedliches Abstimmungsverhalten konstatieren lässt. Auf diese Weise soll es gelingen, den Nachweis des in Analyseschritt 1 konstatierten Effekts enger zu führen und somit dessen Gewicht zu stärken. Da in *Modell 1b* sämtliche Kontrollvariablen ausgeschlossen wurden, kann dies grundsätzlich durch das Betrachten des Abstimmungsverhaltens der selben Gruppe von Abgeordneten<sup>24</sup> im selben Politikfeld erreicht werden. Das jeweilige Politikfeld findet Berücksichtigung, da wir dissentierendes Abstimmungsverhalten als policymotiviert annehmen. Individuelle Abgeordnete könnten folglich je nach Politikfeld unterschiedlich stark zu dissentierendem Abstimmungsverhalten neigen, da ihre individuellen Policy-Positionen je nach Politikfeld in unterschiedlichem Maß von der Fraktionslinie abweichen.<sup>25</sup>

Um die für einen entsprechenden Vergleich geeigneten Abstimmungen herauszufiltern, gilt es zunächst, diejenigen Abstimmungen, bei denen dissentierendes Abstimmungsverhalten auftritt, zu Blöcken zusammenzufassen, innerhalb derer sich weder die Zusammensetzung der Gruppe von Abgeordneten (und damit implizit natürlich auch das Bundesland sowie die Partei), noch das Politikfeld<sup>26</sup> verändert, wobei sich jeder Block mindestens über zwei Koalitionstypen erstrecken

---

24 Da wir das Fernbleiben von einer Abstimmung nicht per se als Ausdruck des Dissenses eines Abgeordneten werten (vgl. den obigen Hinweis), kommt es uns nicht darauf an, ob an den zu vergleichenden Abstimmungen tatsächlich ohne Abweichung dieselben Abgeordneten teilgenommen haben, sondern ob die Fraktionsmitglieder der betreffenden Fraktionen zu den Zeitpunkten der Abstimmungen dieselben waren.

25 Freilich könnten sich auch innerhalb eines Politikfeldes je nach konkrem Abstimmungsgegenstand unterschiedliche Neigungen zu dissentierendem Abstimmungsverhalten bei den individuellen Abgeordneten ergeben. In unserem Forschungskontext scheint eine Aufteilung nach Politikfeldern jedoch hinreichend zu sein, da es uns auf den Grundkonsens der Policy-Positionen individueller Abgeordneter mit der jeweiligen Fraktionslinie ankommt.

26 Bei der jeweiligen Zuordnung des zur Abstimmung stehenden Antrags zu einem Politikfeld dient als Kriterium der Landtagsausschuss, in dem der Antrag beraten wurde (vgl. auch Saalfeld 1995, S. 131-132). Im Sinne einer möglichst eng geführten Analyse bleiben Anträge, die in mehreren Landtagsausschüssen beraten wurden, außen vor, wenn nicht ein Landtagsausschuss ausdrücklich als federführend angegeben ist. Namensänderungen von Landtagsausschüssen bleiben unberücksichtigt, sofern nicht erkennbar ist, dass sich hierdurch substantielle Veränderungen bezüglich der Zuständigkeit für das betreffende Politikfeld ergeben haben. Datenquellen: Landtag von Baden-Württemberg 2011; Landtag Brandenburg 2011.

muss. Da sich die Abstimmungen auf verschiedene Legislaturperioden verteilen, zwischen denen natürlich die Zusammensetzung der einzelnen Fraktionen variiert, greifen wir an Stelle der Bedingung der unveränderten Zusammensetzung der gesamten Fraktion innerhalb eines Blocks für Analyseschritt 3 in jedem der unter den übrigen Bedingungen gebildeten Blöcke diejenige Gruppe von Abgeordneten heraus, die während des gesamten Blocks Teil der Fraktion war.<sup>27</sup>

Unter diesen Kriterien verbleiben zwei Blöcke mit je drei Abstimmungen. Das Politikfeld ist in beiden Fällen die Finanzpolitik, im einen Fall (Block 1) bei der baden-württembergischen FDP/DVP<sup>28</sup>, im anderen (Block 2) bei der brandenburgischen SPD<sup>29</sup>. In Block 1 treten die Koalitionstypen B (zwei Abstimmungen) und C (eine Abstimmung), in Block 2 die Koalitionstypen C (zwei Abstimmungen) und A (eine Abstimmung) auf. Antragsteller ist stets eine der Oppositionsfraktionen. Wirft man zunächst lediglich einen Blick auf die Index-Werte an sich, so zeigt sich in Block 1 das erwartete Bild (die Index-Werte beider Abstimmungen vom Typ B sind niedriger als derjenige der Abstimmung vom Typ C); in Block 2 ist der Index-Wert einer der beiden Abstimmungen vom Typ C niedriger, der andere höher als derjenige der Abstimmung vom Typ A. Dabei handelt es sich in Block 2 um unterschiedliche Abweichler, was in Block 1 nicht der Fall ist. Wir wollen nun über die bloßen Zahlen hinausgehen und einen genaueren Blick auf die Abstimmungen werfen. Bei fünf der sechs Abstimmungen (nämlich den drei Abstimmungen in Block 1 sowie in Block 2 der Abstimmung vom Typ A und derjenigen vom Typ C, dessen Index-Wert höher ist als derjenige der Abstimmung vom Typ A) kommen unterschiedliche sachpolitische Präferenzen innerhalb der Regierungskoalition in den jeweiligen Plenardebatten zum Ausdruck. Damit gehen wir bei diesen Abstimmungen auch von einem besonders großen Potenzial für abweichendes Stimmverhalten innerhalb der Koalitionsfraktionen aus. Dennoch ist im Hinblick auf die Index-Werte diesbezüglich kein Muster erkennbar. Anders sieht es aus, blickt man auf die Argumentation der Regierungsfraktionen. In den Plenardebatten zu zwei Abstimmungen, derjenigen vom Typ C in Block 1 und derjenigen vom Typ A in Block 2, findet sich hier der Verweis auf den Einfluss der Bundes- auf die Landespolitik. In der Debatte zu der Abstimmung vom Typ A in Block 2 findet sich zudem der Verweis auf die Beteiligung des Landes an der Gesetzgebung über den Bundesrat. Im Gegensatz dazu ist bei keiner der Debatten zu den übrigen vier Abstimmungen ein auf einen der drei herausgearbeiteten Wirkungsmechanismen

- 
- 27 Datenquellen: Kühnel 2009; Landtag Brandenburg 2011. Falls sich langjährige, etablierte Fraktionsmitglieder in ihrem Abstimmungsverhalten gegenüber den übrigen Abgeordneten der Fraktion unterscheiden sollten, dann dahingehend, dass sie sich im Vergleich mit den übrigen Abgeordneten für Druck über partiespezifische Normen seitens der Fraktionsführung eher weniger anfällig zeigen. Diese Selektion stellt für Analyseschritt 3 folglich kein Problem dar, sondern macht seine Bedingungen vielmehr härter.
- 28 Die Drucksachennummern der namentlich abgestimmten Anträge lauten 12/5962 und 12/5964 (zusammen abgestimmt), 13/1926-19 und 13/1926-37 (zusammen abgestimmt) sowie 14/903-7.
- 29 Die Drucksachennummern der namentlich abgestimmten Anträge lauten 3/1351, 3/3704 sowie 4/3603.

hindeutender Verweis vorhanden<sup>30</sup>. Was im Übrigen den hohen Index-Wert bei einer der beiden Abstimmungen vom Typ C in Block 2 angeht, lässt sich anmerken, dass in keiner der Debatten zu den übrigen Abstimmungen eine so scharfe Abgrenzung zwischen Regierungs- und Oppositionsfaktionen erfolgt, wozu sicherlich das sehr offensive Auftreten der DVU-Fraktion in dieser Debatte seinen Teil beigetragen hat; es scheint folglich plausibel, den hohen Index-Wert damit zu begründen. In der Summe sehen wir Analyseschritt 1 damit als bestätigt.

#### 4. Schlussbetrachtung und Ausblick

Der vorliegende Artikel schließt auf Basis seiner begrenzten Datenbasis, die nicht unbedingt eine unbegrenzte Verallgemeinerbarkeit gewährleistet, dass der Föderalismus einerseits zwar keine Rolle spielt, wenn es um das Aufbrechen der vollkommenen Fraktionsgeschlossenheit geht, sehr wohl jedoch einen Einfluss auf den Grad an Fraktionsgeschlossenheit hat, der noch erreicht wird bei Abstimmungen, deren innerfraktionelles Konfliktpotenzial für dissentierendes Abstimmungsverhalten ausreicht. Bei Kongruenz der Koalitionskonstellationen zwischen Bundes- und Landesebene wird dieser Grad höher ausfallen als bei einer teilweisen Übereinstimmung der Koalitionspartner, und in letzterem Fall immer noch höher als in der Konstellation, in der Bundes- und Landesregierung hinsichtlich der jeweils beteiligten Koalitionspartner überhaupt keine Überschneidung aufzuweisen. Doch im Hinblick auf die Diskussion der (heutigen) Bedeutung von Landesparlamentarismus (vgl. Reutter 2008, S. 22-26), in deren Zuge das Abstreiten einer nennenswerten Bedeutung von Landesparlamentarismus angesichts bisweilen unzureichend fundierter Argumentation inklusive polemischen Untertons (vgl. etwa von Arnim 2000, S. 94-104, und Kirbach 2002; dazu auch Reutter 2008, S. 101) populär zu sein scheint, ist anzumerken, dass dies keinesfalls als Indiz für die mangelnde Bedeutung des Landesparlamentarismus gewertet werden sollte. Ruft man sich die Strukturen der Parteiorganisationen sowie die drei vorgestellten Wirkungsmechanismen in Erinnerung, dann wird klar, dass der Einfluss zwar von der Bundesebene ausgeht (in dem Sinne, dass die Landesparlamentarier das ebenenübergreifende Koalitionsmuster in ihre Abwägungen einbeziehen und ihr Handeln auf Landesebene dadurch beeinflusst wird), jedoch keineswegs einem Modus der Gleichschaltung des Landesparlamentarismus gleichkommt. Denn die diskutierten Wirkungsmechanismen legen nahe, dass Landesparlamentarier eine Berücksichtigung der ebenenübergreifenden Koalitionsmuster aus eigenem Interesse vornehmen. Hier zeigt sich, wie zentral es für das Forschungsgebiet des geschlossenen Abstimmungsverhaltens von Fraktionen ist, dieses als differenziertes Konzept und nicht nur als durch simplen ‚Fraktionszwang‘ hervorgerufen zu betrachten. Für die künftige Forschung gilt es vor allem, herauszuarbeiten, ob sich der Einfluss des Föderalismus auch über Abstimmungen, deren innerfraktionelles

---

30 Dass ein solcher Verweis auch bei den Debatten zu den beiden Abstimmungen vom Typ C in Block 2 fehlt, könnte etwa bedeuten, dass ein solcher Verweis in Debatten zu Abstimmungen vom Typ C nur in bestimmten Situationen verwendet wird, beispielsweise wenn vor der C-Koalition eine B-Koalition im Amt war.

Konfliktpotenzial für dissentierendes Abstimmungsverhalten ausreicht, hinaus nachweisen lässt oder tatsächlich, wie der vorliegende Artikel schließt, ein solcher beschränkter Einfluss vorliegt. Vielfältige Anknüpfungspunkte für die Forschung bestehen in beiden Fällen.

Darüber hinaus ist zu betonen, dass der gefundene (begrenzte) Einfluss im Hinblick auf die Bemühungen „[...] for treating political parties not as unitary actors, but rather as collections of individual political agents united, for whatever reasons, under a common label“ (Benoit u. Giannetti 2009, S. 229) zeigt, dass es sich lohnt, dies auch in der vertikalen Dimension des Föderalismus genauer zu untersuchen. Und schließlich ist auch eine Untersuchung anderer Länder mit föderalem Staatsaufbau erstrebenswert, da die vorgeschlagenen Wirkungsmechanismen zwar anhand des deutschen Falls herausgearbeitet wurden, ihre Prinzipien jedoch nicht starr an Spezifika des deutschen Föderalismus gebunden und somit grundsätzlich übertragbar sind. Dies kann ein Impuls für die komparative Forschung sein. In jedem Fall zeigen die Ergebnisse des vorliegenden, von seinem Pioniercharakter gezeichneten Artikels, dass es sich zweifelsohne lohnt, Fraktionsgeschlossenheit auf Landesebene künftig auch im Mehrebenen-Kontext zu betrachten.

## Literatur

- Bäck, Hanna. 2009. Intra-party Politics and Local Coalition Formation. In *Intra-party Politics and Coalition Governments*, Hrsg. Daniela Giannetti und Kenneth Benoit, 53-68. London/New York: Routledge.
- Backhaus, Klaus, Bernd Erichson, Wulff Plinke und Rolf Weiber. 2008. *Multivariate Analysemethoden. Eine anwendungsorientierte Einführung*. Berlin/Heidelberg: Springer-Verlag.
- Benoit, Kenneth, und Daniela Giannetti. 2009. Intra-party Politics and Coalition Governments. Concluding Remarks. In *Intra-party Politics and Coalition Governments*, Hrsg. Daniela Giannetti und Kenneth Benoit, 229-235. London/New York: Routledge.
- Benoit, Kenneth, und Michael Laver. 2006. *Party Policy in Modern Democracies*. London/New York: Routledge.
- Bergman, Torbjörn, Wolfgang C. Müller, Kaare Strøm und Magnus Blomgren. 2003. Democratic Delegation and Accountability: Cross-national Patterns. In *Delegation and Accountability in Parliamentary Democracies*, Hrsg. Kaare Strøm, Wolfgang C. Müller, und Torbjörn Bergman, 109-220. Oxford: Oxford University Press.
- Bortz, Jürgen. 2005. *Statistik für Human- und Sozialwissenschaftler*. Heidelberg: Springer Medizin Verlag.
- Bowler, Shaun, David M. Farrell und Richard S. Katz. 1999. Party Cohesion, Party Discipline, and Parliaments. In *Party discipline and parliamentary government*, Hrsg. Shaun Bowler, 3-22. Columbus: Ohio State University Press.
- Bräuninger, Thomas, und Marc Debus. 2008. Der Einfluss von Koalitionsaussagen, programmatischen Standpunkten und der Bundespolitik auf die Regierungsbildung in den deutschen Ländern. *Politische Vierteljahrsschrift* 49:309-338.
- Bräuninger, Thomas, und Marc Debus. 2011. *Parteienwettbewerb in den deutschen Bundesländern*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

- Bräuninger, Thomas, Thomas Gschwend und Susumu Shikano. 2010. Sachpolitik oder Parteipolitik? Eine Bestimmung des Parteidrucks im Bundesrat mittels bayesianischer Methoden. *Politische Vierteljahresschrift* 51:223-249.
- Bräuninger, Thomas, und Thomas König. 1999. The Checks and Balances of Party Federalism: German Federal Government in a Divided Legislature. *European Journal of Political Research* 36:207-234.
- Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung. 2009. *Landesregierung*. <http://www.politische-bildung-brandenburg.de/glossar/landesregierung>. Zugegriffen 08.11.2011.
- Brunner, Martin, und Marc Debus. 2008. Between Programmatic Interests and Party Politics: The German Bundesrat in the Legislative Process. *German Politics* 17:232-251.
- Buelens, Jo, und Kris Deschouwer. 2007. Torn Between Two Levels. Political Parties and Incongruent Coalitions in Belgium. In *Politics Beyond the State. Actors and Policies in Complex Institutional Settings*, Hrsg. Kris Deschouwer und M. Theo Jans, 71-90. Brussels: Brussels University Press.
- Bühl, Achim. 2008. *SPSS 16. Einführung in die moderne Datenanalyse*. München: Pearson Studium.
- Burkhart, Simone. 2005. Parteipolitikverflechtung. Über den Einfluss der Bundespolitik auf Landtagswahlentscheidungen von 1976 bis 2000. *Politische Vierteljahresschrift* 46:14-38.
- Carey, John M.. 2007. Competing Principals, Political Institutions, and Party Unity in Legislative Voting. *American Journal of Political Science* 51:92-107.
- Collie, Melissa P. 1983. Voting Behavior in Legislatures. In *Handbook of Legislative Research*, Hrsg. Gerhard Loewenberg, Samuel C. Patterson und Malcolm E. Jewell, 471-518. Cambridge/London: Harvard University Press.
- Der Landeswahlleiter/Landesabstimmungsleiter. 2010. *Zusammensetzung des Landtages Brandenburg seit 1990*. <http://www.wahlen.brandenburg.de/sixcms/detail.php/lbm1.c.313159.de>. Zugegriffen 08.11.2011.
- Desposato, Scott W. 2004. The Impact of Federalism on National Party Cohesion in Brazil. *Legislative Studies Quarterly* XXIX:259-285.
- Detterbeck, Klaus. 2010. Parteien in föderalen Systemen. In *Föderalismus in Deutschland*, Hrsg. Klaus Detterbeck, Wolfgang Renzsch und Stefan Schieren, 197-224. München: Oldenbourg Verlag.
- Detterbeck, Klaus, und Wolfgang Renzsch. 2008. Symmetrien und Asymmetrien im bundesstaatlichen Parteienwettbewerb. In *Parteien und Parteiensysteme in den deutschen Ländern*, Hrsg. Uwe Jun, Melanie Haas und Oskar Niedermayer, 39-55. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Deutscher Bundestag. 1998-2009. *Plenarprotokolle 14/1, 15/1, 16/1, 17/1*. <http://www.bundestag.de/dokumente/protokolle/plenarprotokolle/index.html>. Zugegriffen 08.11.2011.
- Dinkel, Reiner. 1977. Der Zusammenhang zwischen Bundes- und Landtagswahlergebnissen. *Politische Vierteljahresschrift* 18:348-359.
- Downs, William M.. 1998. *Coalition Government, Subnational Style. Multiparty Politics in Europe's Regional Parliaments*. Columbus: Ohio State University Press.
- Eckstein, Peter P. 2008. *Angewandte Statistik mit SPSS. Praktische Einführung für Wirtschaftswissenschaftler*. Wiesbaden: Gabler.

- Hough, Daniel, und Charlie Jeffery. 2003. Landtagswahlen: Bundestestwahlen oder Regionalwahlen? *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 34:79-94.
- Hough, Dan, und Charlie Jeffery. 2006. Germany: An Erosion of Federal-Länder Linkages? In *Devolution and Electoral Politics*, Hrsg. Dan Hough und Charlie Jeffery, 119-139. Manchester: Manchester University Press.
- Jeffery, Charlie. 1999. Party Politics and Territorial Representation in the Federal Republic of Germany. *West European Politics* 22:130-166.
- Jun, Uwe. 1994. *Koalitionsbildung in den deutschen Bundesländern. Theoretische Betrachtungen, Dokumentation und Analyse der Koalitionsbildungen auf Länderebene seit 1949*. Opladen: Leske + Budrich.
- King, Gary, Robert O. Keohane und Sidney Verba. 1994. *Designing Social Inquiry. Scientific Inference in Qualitative Research*. Princeton: Princeton University Press.
- Kirbach, Roland. 2002. Konsens beim Thema Kormorane. *Die Zeit* 17/2002. [http://www.zeit.de/2002/17/Konsens\\_beim\\_Thema\\_Kormorane](http://www.zeit.de/2002/17/Konsens_beim_Thema_Kormorane). Zugegriffen 08.11.2011.
- Korte, Karl-Rudolf, und Manuel Fröhlich. 2009. *Politik und Regieren in Deutschland. Strukturen, Prozesse, Entscheidungen*. Paderborn u. a.: Ferdinand Schöningh.
- Kühnel, Frank-Roland. 2009. *Landtage, Abgeordnete und Wahlkreise in Baden-Württemberg 1946 bis 2009. Von der Vorläufigen Volksvertretung Württemberg-Badens bis zum 14. Landtag von Baden-Württemberg*. Stuttgart: Landtag Baden-Württemberg.
- Landtag Brandenburg. 1999-2009. *Plenarprotokolle der Wahlperioden 3-4*. <http://www.parldok.brandenburg.de/starweb/LTBB/start.html>. Zugegriffen 08.11.2011.
- Landtag Brandenburg. 2011. *Parlamentsdokumentation Brandenburg*. <http://www.parldok.brandenburg.de/starweb/LTBB/start.html>. Zugegriffen 08.11.2011.
- Landtag Nordrhein-Westfalen. 1998-2009. *Plenarprotokolle der Wahlperioden 12-14*. [http://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/Webmaster/GB\\_II/II.2/Dokumentenarchiv/Parlamentspapiere/suche\\_nrw.jsp](http://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/Webmaster/GB_II/II.2/Dokumentenarchiv/Parlamentspapiere/suche_nrw.jsp). Zugegriffen 08.11.2011.
- Landtag Nordrhein-Westfalen. 2010. *Die Landesregierungen Nordrhein-Westfalen seit 1946*. [http://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/GB\\_II/II.2/Archiv/mdldat/Landesregierungen/0000\\_Landesregierungen.jsp](http://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/GB_II/II.2/Archiv/mdldat/Landesregierungen/0000_Landesregierungen.jsp). Zugegriffen 08.11.2011.
- Landtag von Baden-Württemberg. 1998-2009. *Plenarprotokolle der Wahlperioden 12-14*. <http://www.landtag-bw.de/dokumente/plenarprotokolle/index.asp>. Zugegriffen 08.11.2011.
- Landtag von Baden-Württemberg. 2011. *Parlamentsdokumentation*. <http://www.landtag-bw.de/dokumente/parlamentsdokumentation/index.asp>. Zugegriffen 08.11.2011.
- Langguth, Gerd. 2000. Machtteilung und Machtverschränkung in Deutschland. *Aus Politik und Zeitgeschichte* 6:3-11.
- Laufer, Heinz, und Ursula Münch. 1998. *Das föderale System der Bundesrepublik Deutschland*. Opladen: Leske + Budrich.
- Laver, Michael, und Norman Schofield. 1990. *Multiparty Government. The Politics of Coalition in Europe*. Oxford: Oxford University Press.
- Lehmbruch, Gerhard. 1976. *Parteienwettbewerb im Bundesstaat*. Stuttgart u. a.: Verlag W. Kohlhammer.
- Leunig, Sven. 2010. Der Bundesrat im politischen System der Bundesrepublik Deutschland. In *Föderalismus in Deutschland*, Hrsg. Klaus Detterbeck, Wolfgang Renzsch und Stefan Schieren, 87-117. München: Oldenbourg Verlag.

- Longley, Lawrence D., und Reuven Y. Hazan. 1999. On the Uneasy, Delicate, yet Necessary Relationships between Parliamentary Members and Leaders. *The Journal of Legislative Studies* 5:1-22.
- Müller, Wolfgang C. 2000. Political Parties in Parliamentary Democracies: Making Delegation and Accountability Work. *European Journal of Political Research* 37:309-333.
- Owens, John E. 2003. *Explaining Party Cohesion and Discipline in Democratic Legislatures: Purposiveness and Contexts*. Beitrag präsentierte auf dem Annual meeting of the American Political Science Association, Philadelphia, 31.8.2003.
- Ozbudun, Ergun. 1970. Party Cohesion in Western Democracies: A Causal Analysis. *Sage Professional Papers in Comparative Politics* 1:301-388.
- Patzelt, Werner J. 1998. Wider das Gerede vom ‚Fraktionszwang‘! Funktionslogische Zusammenhänge, populäre Vermutungen und die Sicht der Abgeordneten. *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 29:323-347.
- Patzelt, Werner J. 2006. Länderparlamentarismus. In *Landespolitik in Deutschland. Grundlagen – Strukturen – Arbeitsfelder*, Hrsg. Herbert Schneider und Hans-Georg Wehling, 108-129. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Reutter, Werner. 2008. *Föderalismus, Parlamentarismus und Demokratie. Landesparlamente im Bundesstaat*. Opladen und Farmington Hills: Verlag Barbara Budrich.
- Rice, Stuart A. 1969. *Quantitative Methods in Politics*. Reissued. New York: Russell & Russell.
- Riker, William H. 1964. *Federalism: Origin, Operation, Significance*. Boston: Little, Brown and Company.
- Rudzio, Wolfgang. 2006. *Das politische System der Bundesrepublik Deutschland*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Saalfeld, Thomas. 1995. *Parteisoldaten und Rebellen. Fraktionen im Deutschen Bundestag 1949-1990*. Opladen: Leske + Budrich.
- Saalfeld, Thomas. 1998. Legislative Voting Behavior. In *World Encyclopedia of Parliaments and Legislatures*, Hrsg. George Thomas Kurian, 793-799. Washington: Congressional Quarterly Inc.
- Saalfeld, Thomas. 2005. Determinanten der Fraktionsdisziplin: Deutschland im internationalen Vergleich. In *Mechanismen der Politik. Strategische Interaktion im deutschen Regierungssystem*, Hrsg. Steffen Ganghof und Philip Manow, 35-71. Frankfurt/New York: Campus Verlag.
- Schindler, Peter. 1994. *Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages 1983 bis 1991*. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.
- Schlittgen, Rainer. 2000. *Einführung in die Statistik. Analyse und Modellierung von Daten*. München/Wien: Oldenbourg Verlag.
- Schmidt, Manfred G. 1980. *CDU und SPD an der Regierung. Ein Vergleich ihrer Politik in den Ländern*. Frankfurt/New York: Campus Verlag.
- Schmidt, Manfred G. 2007. *Das politische System Deutschlands. Institutionen, Willensbildung und Politikfelder*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Schneider, Herbert. 2002. Parteien in der Landespolitik. In *Parteiendemokratie in Deutschland*, Hrsg. Oscar W. Gabriel, Oskar Niedermayer und Richard Stöss, 385-405. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Schütt-Wetschky, Eberhard. 1984. *Grundtypen parlamentarischer Demokratie. Klassisch-antiliberaler Typ und Gruppentyp*. Freiburg/München: Verlag Karl Alber.

- Shikano, Susumu. 2008. The Dimensionality of German Federal States' Policy Preferences in the Bundesrat. *German Politics* 17:340-352.
- Sieberer, Ulrich. 2006. Party Unity in Parliamentary Democracies: A Comparative Analysis. *The Journal of Legislative Studies* 12:150-178.
- Sieberer, Ulrich. 2007. „Aber könnte es nicht auch sein, dass...?“: Die Auswahl unabhängiger Variablen in X-zentrierten und Y-zentrierten Forschungsdesigns. In *Forschungsdesign in der Politikwissenschaft. Probleme – Strategien – Anwendungen*, Hrsg. Thomas Gschwend und Frank Schimmelfennig, 253-270. Frankfurt/New York: Campus Verlag.
- Staatsministerium Baden-Württemberg. 2010. *Ministerpräsidenten und Regierungen seit 1952*. [http://www.baden-wuerttemberg.de/de/Ministerpraesidenten\\_und\\_Regierungen\\_seit\\_1952/86051.html](http://www.baden-wuerttemberg.de/de/Ministerpraesidenten_und_Regierungen_seit_1952/86051.html). Zugriffen 08.11.2011.
- Stefuriuc, Irina. 2007. Governing Coalitions in Multi-level Settings: State-wide Parties and the Sub-national Arena in Spain. In *Politics Beyond the State. Actors and Policies in Complex Institutional Settings*, Hrsg. Kris Deschouwer und M. Theo Jans, 45-70. Brussels: Brussels University Press.
- Strøm, Kaare, und Wolfgang C. Müller. 2009. Parliamentary Democracy, Agency Problems and Party Politics. In *Intra-party Politics and Coalition Governments*, Hrsg. Daniela Giannetti und Kenneth Benoit, 25-49. London/New York: Routledge.
- ThaySEN, Uwe. 1976. *Parlamentarisches Regierungssystem in der Bundesrepublik Deutschland. Daten – Fakten – Urteile im Grundriß*. Opladen: Leske + Budrich.
- Thorlakson, Lori. 2006. Party Systems in Multi-level Contexts. In *Devolution and Electoral Politics*, Hrsg. Dan Hough und Charlie Jeffery, 37-52. Manchester/New York: Manchester University Press.
- Thorlakson, Lori. 2009. Patterns of Party Integration, Influence and Autonomy in Seven Federations. *Party Politics* 15:157-177.
- Vogel, Alois. 2006. *60 Jahre Landtag Nordrhein-Westfalen. Das Land und seine Abgeordneten*. Düsseldorf: Landtag Nordrhein-Westfalen.
- von Arnim, Hans Herbert. 2000. *Vom schönen Schein der Demokratie. Politik ohne Verantwortung – am Volk vorbei*. München: Droemer Verlag.
- Weik, Josef. 2003. *Die Landtagsabgeordneten in Baden-Württemberg 1946 bis 2003*. Stuttgart: Landtag Baden-Württemberg.
- Wildavsky, Aaron. 1961. Party Discipline under Federalism: Implications of Australian Experience. *Social Research* 28:437-458.

## **Autorenangaben:**

Stefan Schukraft, B. A.,  
Student an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg,  
Binzengrün 5, 79114 Freiburg im Breisgau,  
[stefan\\_schukraft@t-online.de](mailto:stefan_schukraft@t-online.de)